

# Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2021

## Wir brauchen eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen

**Wirksam** ist eine **CO<sub>2</sub>-Bepreisung** vor allem dann, wenn sie jeweils hoch genug ist, so dass wir unsere **Reduktionsziele einhalten**. Wenn wir uns auf solche CO<sub>2</sub>-Preise in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens einigen können, dann schafft dies auch die so wichtige **Planungssicherheit** für innovative/kosteneffiziente öffentliche und private Investitionen in eine fossilfreie Zukunft.<sup>1</sup>

Bei einer **CO<sub>2</sub>-Abgabe** muss der Staat regelmäßig für die notwendige Höhe sorgen. Bei einem **Emissionshandel** - mit entsprechend begrenzter Zertifikatmenge - stellt sich der notwendige CO<sub>2</sub>-Preis automatisch ein.

Damit eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung **sozial gerecht** ist und von uns Bürgern auch **breit akzeptiert** wird, sollten die Einnahmen (auch die Einnahmen aus dem bestehenden EU-Emissionshandel) vollständig in einem pro Kopf gleich hohen Betrag wieder an uns Bürger ausgeschüttet werden. Für wenige soziale Härtefälle sind zusätzliche zielgenaue Unterstützungen notwendig.

Für bestimmte besonders **energieintensive industrielle Prozesse** wird es weiterhin **Sonderregelungen** geben müssen, solange globale Kooperation noch nicht ausreichend existiert.

## Was jetzt konkret zu tun ist

### ► Nationale Ebene

- **Versteigerung** der **Zertifikate** im nationalen Emissionshandel (nEHS) für die Bereiche Wärme und Verkehr, der zum 1.1.2021 in Deutschland eingeführt wurde, so schnell wie organisatorisch möglich. Damit bekommen wir früher den notwendigen CO<sub>2</sub>-Preis, um unsere Reduktionsziele einzuhalten.<sup>2</sup>
- Solange diese Versteigerung noch nicht umgesetzt ist: **Festpreise** im nEHS bei drohender struktureller Verfehlung der Reduktionsziele zügig im notwendigen Maße stärker **anheben** als bisher geplant.<sup>3</sup>

### ► EU-Ebene

- Politisch auf der Basis des derzeit vorhandenen wissenschaftlichen Kenntnisstandes ein verbleibendes **Paris-kompatibles CO<sub>2</sub>-Budget** für die **EU** beschließen.
- So schnell wie möglich einen **EU-Emissionshandel** für **alle CO<sub>2</sub>-Emissionen** einführen, der mit einem Paris-kompatiblen Emissionspfad unterlegt ist.<sup>4</sup> Damit wäre die Einhaltung der CO<sub>2</sub>-Ziele gesichert.

## Wahlprogramme

Was sagen die vorliegenden Wahlprogramme der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien zu einem **wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis** und zur **Einnahmeverwendung** aus dieser CO<sub>2</sub>-Bepreisung? Machen Sie sich selbst ein Bild:<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Die oft zitierten geschätzten Schadenskosten einer Tonne CO<sub>2</sub> machen zwar ein weiteres Mal die Dringlichkeit des Handelns deutlich, sind aber für die aktuelle Politik wenig relevant (Umweltbundesamt: 195 € / t CO<sub>2äq</sub> bei Höhergewichtung der Gegenwart bzw. 680 € / t CO<sub>2äq</sub> bei einer Gleichgewichtung der Wohlfahrt heutiger und zukünftiger Generationen). Die Wirtschaftsakteure brauchen vor allem Planungssicherheit darüber, dass wir unsere Reduktionsziele über wirksame Instrumente einhalten; weniger über konkrete CO<sub>2</sub>-Preise.

<sup>2</sup> Derzeit ist diese Versteigerung im nEHS ohne Preisobergrenze erst frühestens ab 2027 geplant. Bis einschließlich 2025 sollen die Zertifikate ohne Mengengrenzung zu einem über die Jahre ansteigenden Festpreis (siehe Fußnote 3) abgegeben werden. 2026 ist eine Versteigerung mit einer Preisobergrenze vorgesehen, die wohl in der Praxis bedeutet, dass die Menge in 2026 noch nicht gedeckelt sein wird. Eine Versteigerung der Zertifikate ohne Höchstpreis bedeutet dagegen eine klare Mengenobergrenze (cap) für die CO<sub>2</sub>-Emissionen.

<sup>3</sup> Bisher geplant: (2021 25 €), 2022 30 €, 2023 35 €, 2024 45 €, 2025 55 € und 2026 Versteigerung mit einer Preisobergrenze von 65 €.

<sup>4</sup> Mit der Einführung eines entsprechenden Emissionshandels auf EU-Ebene kann der nEHS wieder eingestellt werden.

<sup>5</sup> Hier können Sie sich die vollständigen Wahlprogramme anschauen.

Partei	Wirksame CO2-Bepreisung	Einnahmeverwendung
AfD Stand: veröf- fentlicht 20.05.21	Jegliche Form der CO2-Besteuerung ist abzuschaffen.	-
B'90/ Grüne Stand: veröf- fentlicht als PDF 09.07.21	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Derzeit sind die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO2 entstehen, nur sehr gering eingepreist. Nach aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht die Emission einer Tonne CO2 Schäden von rund 195 Euro. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO2-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von umweltschädlichen Subventionen ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO2 erreichen, würde das unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO2-Bepreisung also ein Instrument von vielen – und werden es wirksam und sozial gerecht einsetzen.<sup>6</sup></li> </ul>	Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO2-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen. <sup>9</sup> So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet. Beziehende*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundversicherung angerechnet werden soll.

<sup>6</sup> Dieser Argumentation liegt wohl eine Fehlinterpretation bezüglich der Funktion von CO2-Preisen in der Praxis und der vom Umweltbundesamt geschätzten Schadenskosten einer Tonne CO2 zu Grunde (siehe auch Fußnote 1).

In der Praxis sollte die Politik Reduktionsziele festlegen und für CO2-Preise in der Höhe sorgen, so dass diese Reduktionsziele eingehalten werden ([Standard-Preis-Ansatz](#)). Für diesen Ansatz muss der CO2-Preis z.B. in 2022 nicht bei 195 € oder eigentlich sogar bei 680 € liegen.

CO2-Preise in der Höhe, so dass wir unsere CO2-Ziele einhalten, bedeuten auf der anderen Seite auch nicht, dass wir dann unsere CO2-Ziele „allein“ über diese CO2-Preise erreichen müssen. Es gibt gute Gründe, die Erreichung der CO2-Ziele weiterhin durch einen breiten Instrumentenmix zu unterstützen. Wichtig wäre aber, dass wir letztendlich den Mut haben, den für die Einhaltung der CO2-Ziele notwendigen CO2-Preis zuzulassen. Ein Paradoxon ist: Je glaubwürdiger wir solche CO2-Preise ankündigen bzw. instrumentell unterlegen, desto weniger hoch muss der CO2-Preis tatsächlich steigen, da frühzeitig in die Alternativen investiert wird.

Teilhabe für Geringverdiener kann mit der Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen und zusätzliche Instrumente auch bei hohen CO2-Preisen sehr gut abgesichert werden.

Die Möglichkeit des „sich Rauskaufen können“ sollten wir aufgrund der immensen Vorteile eines wirksamen CO2-Preises grundsätzlich tolerieren. Reichere sind in so vielen Dingen privilegiert. Jetzt gerade bei der Menschheitsaufgabe Dekarbonisierung aus Angst, dass ein paar Reiche sich etwas länger einen großen CO2-Fußabdruck leisten können, auf einen klar wirksamen CO2-Preis zu verzichten, wäre eine fatale Entscheidung. Außerdem könnte es sich um ein Phantomproblem handeln. Warum sollten gerade Reichere bei Mobilität und Wärme nicht auch auf die dann kostengünstigeren Alternativen umsteigen, insbesondere da sie kein Finanzierungsproblem bei den dazu notwendigen Investitionen haben? Die Hersteller von sonstigen Waren und Dienstleistungen werden außerdem nicht für Reichere eine eigene Produktionslinie mit einer fossillastigeren Produktion aufrecht erhalten, mit der sie sonst nicht mehr konkurrenzfähig sind. Irgendwann wird die fossile Infrastruktur einfach weg sein. Wenn man der Meinung ist, dass Reichere sich ein zu hohes Konsumniveau leisten können, dann muss man umverteilen, aber nicht dagegen sein, dass sie zumindest einen gerechten Preis dafür zahlen.

<sup>9</sup> Besser gleich Nägel mit Köpfen machen: EEG-Umlage bzw. [EEG-Differenzkosten](#) aus dem Staatshaushalt finanzieren und alle Einnahmen aus der CO2-Bepreisung so schnell wie organisatorisch möglich als Pro-Kopf-Pauschale ausschütten; auch wenn die Gegenfinanzierung der EEG-Differenzkosten (2019 rund 25 Mrd. €) aus dem Staatshaushalt ohne die Verwendung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung sicher nicht einfach werden wird.

Die EEG-Umlage ist zu einem Hindernis für die [Sektorkopplung](#) (u.a. mehr Einsatz von Strom auch bei Wärme und Mobilität) geworden, wirkt sozial ungerecht und belastet die Wirtschaft.

Auch die Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate im bestehenden [EU-Emissionshandel](#) sollten mittelfristig ausgeschüttet werden, da auch dort durch massiv steigende Zertifikatepreise, die auf den Strompreis durchschlagen werden, die Akzeptanz für wirksame Klimapolitik ohne eine Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen bei uns Bürgern schwinden könnte.

Partei	Wirksame CO2-Bepreisung	Einnahmeverwendung
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das EU-Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduktion von Emissionszertifikaten<sup>7</sup> und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO2-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen, die Industrie Planungssicherheit bekommt und einen Anreiz hat, in Dekarbonisierung und Technologieführerschaft zu investieren.</li> <li>• Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO2-Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter sozial gerecht verbessert werden muss. Wir wollen die Erhöhung des CO2-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO2-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert.<sup>8</sup></li> </ul>	
<p>CDU/ CSU Stand: veröffentlicht 21.06.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir setzen auf das Instrument des Emissionshandels (...).<sup>10</sup> Aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie wollen wir den europäischen Emissionshandel im Luftverkehr stärken und in weiteren Sektoren wie Mobilität und Wärme sowie dem Schiffverkehr so schnell wie möglich etablieren.</li> <li>• Davon ausgehend streben wir einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit</li> </ul>	<p>Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.<sup>11</sup></p>

<sup>7</sup> Die Zertifikatmenge in einem Emissionshandel muss Paris-kompatibel sein. Deshalb brauchen wir ein Paris-kompatibles verbleibendes [CO2-Budget](#) für die EU. Dann ist auch klar, mit welcher Zertifikatmenge der Emissionshandel letztendlich auskommen muss.

<sup>8</sup> Das könnte deutlicher formuliert sein: Wir brauchen wirksame CO2-Preise, die für die Einhaltung der CO2-Reduktionsziele sorgen. Weitere Instrumente sind sinnvoll, um den Dekarbonisierungsprozess zu erleichtern und - wenn nötig bzw. politisch gewollt - im Detail zu steuern. Neben der zielorientierten Anhebung der Festpreise, wäre das Vorziehen der Versteigerung der Zertifikate im nEHS besonders wichtig, damit wir unsere Reduktionsziele sicher einhalten und damit für eine entsprechende Planungssicherheit sorgen. Wenn wir im „Konzert“ der Klimaschutzinstrumente unsere CO2-Ziele sicher erreichen möchten, muss klar sein, dass ein wirksamer CO2-Preis die erste Geige spielt bzw. den Takt vorgibt.

<sup>10</sup> Die Union sollte dann aber auch kommunizieren, dass sie damit für CO2-Preise in der Höhe eintritt, so dass wir unserer Reduktionsziele einhalten. Außerdem wäre es dann konsequent, auf für das Vorziehen der Versteigerung der Zertifikate in nEHS einzutreten. Siehe auch Fußnote 20.

<sup>11</sup> Die Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen aus einer CO2-Bepreisung könnten der entscheidende Schlüssel sein, um hohe CO2-Preise, die sich bei einem Emissionshandel ohne Preisobergrenze ergeben werden und ergeben müssen, politisch auch durchhalten zu können. Wir brauchen beides: Eine Pro-Kopf-Ausschüttung und die Abschaffung der EEG-Umlage. Siehe auch Fußnote 9 und Fußnote 17.

Partei	Wirksame CO2-Bepreisung	Einnahmeverwendung
	<p>einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wir wollen den Aufwuchspfad der CO2-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen.</li> </ul>	
<p>Die Linke Stand: Entwurf 12.04.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.</li> <li>Auf EU-Ebene unterstützen wir eine Reform des EU-Emissionshandels, die zur Anhebung der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch des Instruments ausschließt.</li> </ul>	-
<p>FDP Stand: veröffentlicht 16.05.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden.<sup>12</sup></li> <li>Der Weg kann und muss in Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO2-Preis haben.<sup>13</sup></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wir Freie Demokraten wollen eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken.</li> <li>So müssen auch die sozialen Kosten des Klimaschutzes abgemildert werden. Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate auf der einen Seite zu steigenden Preisen und auf der anderen Seite zu höheren staatlichen Einnahmen führen wird, wollen wir die EEG-Umlage (...) abschaffen sowie die Stromsteuer (...) komplett streichen.</li> <li>Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also einer Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten.<sup>14</sup></li> </ul>
<p>SPD Stand: veröffentlicht 09.05.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO2-Preis. In Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt</li> </ul>

<sup>12</sup> Die FDP könnte noch deutlicher machen, dass sie damit für CO2-Preise in der Höhe eintritt, so dass wir unserer Reduktionsziele einhalten. Wie hoch sie dafür auch immer sein müssen. Siehe auch Fußnote 20.

<sup>13</sup> Diese Formulierung ist missverständlich. Es gibt keinen „marktwirtschaftlichen“ CO2-Preis. Die Marktwirtschaft versagt aufgrund [externer Effekte](#) dabei, CO2 den „richtigen“ Preis zu geben. Ein CO2-Preis kann erst entstehen durch einen staatlichen Eingriff über eine CO2-Abgabe oder einen Emissionshandel. In einem Emissionshandel bildet sich dann jedoch über marktwirtschaftliche Mechanismen der notwendige CO2-Preis, um die politisch gesetzten Klimaziele einzuhalten. CO2-Preise in Höhe der externen Effekte, sind in der Praxis nicht möglich und wären auch von heute auf morgen nicht sinnvoll (siehe auch Fußnote 6). Ein global einheitlicher CO2-Preis ist im Moment eher eine Vision; aber deswegen muss man nicht gleich zum Arzt gehen 😊.

<sup>14</sup> Siehe Fußnote 9 und Fußnote 17.

Partei	Wirksame CO2-Bepreisung	Einnahmeverwendung
	<p>er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden.<sup>15</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auch der Gebäudesektor muss schrittweise CO2-neutral werden. Mit dem CO2-Preis wollen wir vor allem Investitionen lenken und Vermieter*innen zur Modernisierung motivieren. (...) Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO2-Preis von den Vermieter*innen getragen wird.</li> </ul>	<p>finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung.<sup>16</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigem Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Mit dem Ansteigen des CO2-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden wir prüfen.<sup>17</sup></li> <li>• Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten. Wir werden für diesen bedeutenden Integrationsschritt die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO2-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel heranziehen.<sup>18</sup></li> </ul>

<sup>15</sup> Wir müssen jetzt den Mut haben zu CO2-Preisen, bei denen die Alternativen nicht nur „attraktiver“ werden, sondern tatsächlich in dem Ausmaß kosteneffizient zum Einsatz kommen, so dass wir unsere CO2-Reduktionsziele auf jeden Fall einhalten. Wirksame CO2-Preise führen zudem dazu, dass wir mit Energie effizienter umgehen und unsere Ansprüche hinterfragen. Das alles ohne unnötige Gängelung und überbordende Bürokratie.

<sup>16</sup> Siehe Fußnote 9 und Fußnote 17.

<sup>17</sup> Auch die SPD verplant die Einnahmen aus einer CO2-Bepreisung für mehrere Zwecke. Wie bei FDP und B'90/Die Grünen stellt sich damit die Frage, wie viel Geld dann für die Pro-Kopf-Ausschüttung noch übrig bleibt und ob diese Pro-Kopf-Ausschüttung dann noch für einen ausreichenden sozialen Ausgleich und für Akzeptanz auch für hohe CO2-Preise sorgen kann. Bei der Verwendung der Einnahmen zur Senkung der EEG-Umlage und der Stromsteuer ist der soziale Ausgleich weniger eindeutig als bei einer Pro-Kopf-Ausschüttung und vor allem weniger transparent. Aber gerade diese Transparenz ist entscheidend für die Akzeptanz hoher CO2-Preise, die wir brauchen werden. Siehe auch Fußnote 9.

<sup>18</sup> Siehe Fußnote 17.

## Überblick

Wahlprüfsteine	B'90/Die Grünen	CDU/CSU	FDP	SPD
Versteigerung der Zertifikate im nEHS vorziehen	?	?	?	?
Stärkere Anpassung der Festpreise im nEHS <sup>19</sup>	✓	✓	?	?
CO2-Preis als Leitinstrument <sup>20</sup>	✓	✓	✓	?
Ziel EU-Emissionshandel für alle CO2-Emissionen	?	✓	✓	?
Pro-Kopf-Ausschüttung der gesamten Einnahmen <sup>21</sup>	✗	✗	✗	✗
Pro-Kopf-Ausschüttung eines Teils der Einnahmen <sup>22</sup>	✓	✗	✓	✓

Wie Sie sehen, deckt keine Partei die ersten fünf Wahlprüfsteine ab. Im besten Fall könnte bei Koalitionsverhandlungen am Ende mehr herauskommen, als es die einzelnen Wahlprogramme hergeben.

Folgende Fragen decken z.B. die hier gezeigten Wahlprüfsteine nicht ab:

- Wie ambitioniert sind die Parteien bei den Klimazielen? Stichwort: verbleibendes CO2-Budget.
- Welche zielgenauen sozialpolitischen Maßnahmen sind für soziale Härtefälle vorgesehen?
- Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die deutsche/europäische Wirtschaft bei einer ambitionierten Klimapolitik im internationalen Wettbewerb zu schützen (Carbon-Leakage-Schutz)?

Treffen Sie eine gute Wahl. Die Zusammensetzung der nächsten Bundesregierung ist entscheidend für eine erfolgreiche Klimapolitik in Deutschland, in der EU und auch global. Wir brauchen mutige und weitsichtige Politiker und auch Wähler.

<sup>19</sup> B'90/Grüne haben mit 60 € ab 2023 eine konkrete Zahl genannt. Die Union sagt: „Wir wollen den Aufwuchspfad der CO2-Bepreisung straffen“.

<sup>20</sup> Die Haken bei „CO2-Preis als Leitinstrument“ bei Union und FDP sind darauf zurückzuführen, dass diese zentral auf den Emissionshandel setzen. Allerdings gilt diese Einschätzung nur, wenn dort keine Preisobergrenzen vorgesehen sind. Dazu haben sich Union und FDP noch nicht eindeutig geäußert. Das Bekenntnis zum Emissionshandel als Leitinstrument wäre außerdem glaubwürdiger, wenn auch ein Vorziehen der Versteigerung der Zertifikate im nEHS klar in den Wahlprogrammen enthalten wäre. Der Emissionshandel, zu dem sich Union und FDP bekennen, könnte außerdem höhere CO2-Preise hervorbringen, als sie derzeit z.B. B'90/Grüne in den Raum stellen. Es würde der Klarheit dienen, wenn Union und FDP sich dazu auch bekennen würden. Auch bei B'90/Grüne fehlt noch ein wenig der Mut zur Eindeutigkeit bei der Frage des CO2-Preises als Leitinstrument.

Diese Eindeutigkeit wäre aber zentral, um die erforderlicher Planungssicherheit für kosteneffiziente/innovative für öffentliche und private Investitionen in eine fossilfreie Zukunft zu schaffen. Die Politik scheut sich vor dieser Eindeutigkeit in erster Linie aus Angst vor uns Wählern. Machen wir also der Politik Mut durch unsere Wahlpräferenzen und mögen auch mehr Politiker die Kraft finden, die gewaltige Herausforderung, vor der wir stehen, und notwendige Zumutungen bei der Bewältigung dieser Herausforderung in einer guten Weise klar zu benennen – gerne auch vor der Wahl. Noch können wir eine lebenswerte Zukunft gestalten. Dazu brauchen wir mutige und weitsichtige Wähler und Politiker.

<sup>21</sup> Wenn der CO2-Preis das Leitinstrument sein soll - wofür es sehr gute Gründe gibt -, dann erscheint eine Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen aus dieser wirksamen CO2-Bepreisung der Schlüssel, damit auch hohe CO2-Preise breit bei uns Wählern akzeptiert werden.

<sup>22</sup> Siehe Fußnote 9.